

Ein Geschäft mit Folgen

Banker rechtfertigt das Vorgehen beim Kauf der EnBW-Anteile

Stuttgart – Der Stuttgarter Landtag hat lange keinen so geschliffenen Redner wie Dirk Notheis erlebt, aber rhetorisches Talent ist nicht das, was die Abgeordneten suchen an diesem Freitag. Sie interessieren sich mehr für die wahren Hintergründe des geheim eingefädelten EnBW-Aktienkaufs der schwarz-gelben Landesregierung im Dezember 2010. Notheis, der Deutschland-Chef der Investmentbank Morgan Stanley, hat den Ministerpräsidenten Stefan Mappus bei dem Geschäft beraten. Jetzt sitzt er als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss, und nicht nur die Vertreter der neuen grün-roten Regierung vermuten: Er hat das Land damals schlecht beraten – vielleicht, um Mappus die Selbstinszenierung als entschlossener Landesmanager zu erlauben. Notheis wirft die hohe Stirn in Falten und weist alle Vorwürfe zurück: Mit „größter Sorgfalt“ habe Morgan Stanley die Transaktion begleitet. 4,7 Milliarden Euro für den 45-Prozent-Anteil an Deutschlands drittgrößtem Energiekonzern seien ein „fairer Preis“ gewesen.

Notheis war schon aus erfreulicherem Anlass zu Gast im Landtag, etwa am 10. Februar 2010. Damals wählte das Hohe Haus seinen Freund Mappus zum Ministerpräsidenten. Den großen Moment, den Notheis beklatschte, hätte es ohne ihn nicht gegeben, so erzählt man es sich in der Südwest-CDU. Der feinsinnige Notheis war einst Landeschef der Jungen Union, der eher ungestüme Mappus sein Beisitzer. Notheis entschied sich Ende der 90er Jahre für eine Karriere in der Wirtschaft; zuvor aber stellte er die Weichen für die politische Karriere seines Kumpels: Man weiß nicht, ob es Druck war oder Charme – irgendwie schaffte es Notheis jedenfalls, Mappus 1998 als Verkehrsstaatssekretär ins Kabinett des Regierungschefs Erwin Teufel zu heben.

Fünf Stunden dauert die Befragung am Freitag. Notheis reagiert auf die Vorhaltungen meist mit Vehemenz, aber selten mit detaillierten Argumenten. Eine nachlässige Due-Diligence-Prüfung der EnBW? „Das Tempo einer Transaktion muss die Qualität nicht mindern“, sagt Notheis. Ein Interessenskonflikt wegen der Nähe von Morgan Stanley auch zum Verkäufer, dem französischen Energiegiganten Electricité de France (EdF)? Ausgeschlossen durch eine eidesstattliche Versicherung der EdF. Ein zu hohes Honorar für seine Beraterdienste, 17 Millionen Euro? Im Gegenteil, sagt Notheis: „Der Ministerpräsident ist ein guter Verhandler gewesen.“

Roman Deininger

Von Hans-Jürgen Jakobs

München – Im Finanzsystem, der Herzkammer des Kapitalismus, ist manches kompliziert. Dinge wie *Target 2* etwa – da werden Geldflüsse und Forderungen zwischen Notenbanken abgebildet. Das ist, erklärt Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn, als ob er einen Freund in die Autowerkstatt begleite, der Freund aber seine Geldbörse verlegt hat und er aushelfe – was ja wohl ein Kredit sei.

Auf Europa bezogen ergeben sich aus *Target 2* Forderungen der Bundesrepublik ans europäische Notenbankensystem von 255 Milliarden Euro, hat Sinn errechnet. Für den Chef des Münchner Ifo-Instituts ein „verstecktes Rettungssystem“, bei dem es sich – wie bei den offiziellen Rettungsschirmen – um „internationale Kreditvergabe unter öffentlichem Schutz handelt“. Insgesamt lägen die Haftungssummen der Euro-Länder für

Für Europa sieht der Ökonom derzeit schwarz.

Schuldenstaaten wie Griechenland, Irland und Portugal, via *Target 2* auch für Italien und Spanien, derzeit bei knapp 1,3 Billionen Euro. Nach Ausweitung der Rettungsschirme läge die Summe dann schon bei mehr als zwei Billionen Euro. Auf Deutschland entfielen, im Falle eines Falles, wenn die fünf genannten Länder scheitern, rund 670 Milliarden Euro.

„Deutschland wird erpressbar“, kritisiert Sinn – weil der größte Gläubiger der Euro-Zone ja schon so viel Geld eingesetzt habe, wolle er einen Verlust aus-schließen und mache bei jeder Rettungsaktion mit. Es sei aber keine wirkliche Rettung, was in der Euro-Zone passiere: „Was als Friedenspolitik definiert wird, ist eine Politik der äußersten Gefährdung.“ Es gebe eine „trügerische Ruhe“, und am Ende könnte Griechenland daran „zerbrechen“ – bisher habe dieser Staat 500 Milliarden Euro Hilfe bekommen, ein Mehrfaches des Netto-Nationalvermögens von 170 Milliarden: „Da ist doch etwas nicht richtig im Lot!“ Die Rettungsfonds EFSF und ESM nennt der Ökonom bei einer Pressekonferenz flugs die „Bad Bank in Luxemburg“.

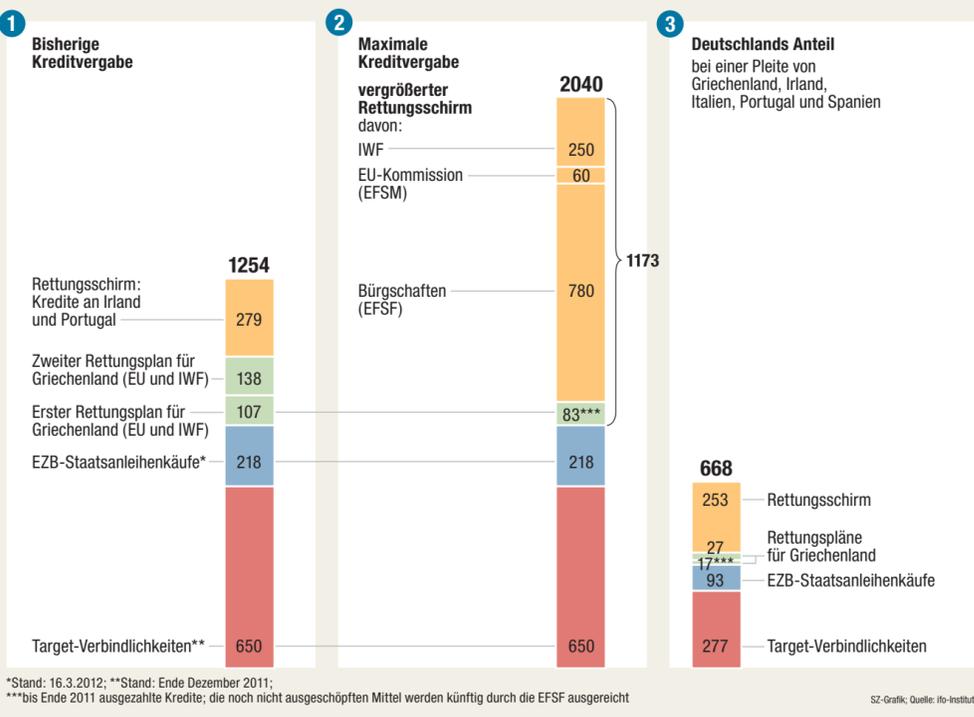
Dem Ifo-Chef schwebt eine andere wirtschaftspolitische Verfassung vor, selbst gegen die Vereinigten Staaten von Europa hätte er nichts, wie er sagt – Hauptsache, die alte Politik werde geändert. Es brauche neue Regeln und eine Be-

„Deutschland wird erpressbar“

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn rechnet mit den vielen Krediten der Europäischen Zentralbank ab. Die Familienunternehmer springen bei

Das Risiko im Süden

So haftet Deutschland bei einer möglichen Pleite von Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien
Angaben in Milliarden Euro



schränkung der Europäischen Zentralbank (EZB) auf Geldpolitik und ein Ablassen von Fiskalpolitik – alles Teile der „Bogenberger Erklärung“, die der Professor initiiert hat. Dieser Erklärung tritt nun der Verband „Die Familienunternehmer“ bei. „Die Politik macht es schlecht, die EZB ist ein gewisses Schlupfloch geworden“, klagt Michael Moritz, Chef der Ordnungspolitischen Kommission des Verbands. „Die Schuldenfähigkeit Deutschlands ist an eine Grenze gekommen“, sagt auch Maschinenbauer Manfred Wittenstein: „Als Unternehmer könnte ich da nicht mehr richtig schlafen.“ Das sei „ein Spiel mit dem Feuer“.

Das Problem mit den Target-Krediten hatte Sinn nach Hinweis des Ex-Bundes-

bank-Chefs Helmut Schlesinger öffentlich gemacht. Es entsteht, wenn etwa ein griechischer Unternehmer ein Auto für 40 000 Euro aus Deutschland kauft, dafür aber keinen Kredit einer ausländischen Bank erhält, sondern vielmehr die griechische Hausbank die Sache übernimmt, sie von dort über die griechische Zentralbank zur EZB gelangt – und von dort wiederum via Bundesbank zum Hausbank des Auto-Lieferanten. Die zahlt die 40 000 Euro dem Verkäufer aus. Die Bundesbank hält nach diesem Zyklus eine Forderung an die EZB, die Notenbank in Athen hat eine entsprechende Zahlungsverpflichtung. Die Target-Kredite sind nach Ausbruch der Finanzkrise explodiert – anders als in den USA. Deshalb

rät Sinn, etwas aus dem US-System zu übernehmen: Dort werden einmal im Jahr die Target-Schulden von den betroffenen Unter-Zentralbanken in zwölf Distrikten („District Fed“) mit marktgängigen Vermögensobjekten bezahlt.

Für Europa sieht Sinn schwarz. „Nach Lage der Dinge kann das Finanzsystem der Euro-Zone mit seinen jetzigen Strukturen politisch und ökonomisch nicht überleben“. Es zerstöre den freien Kapitalmarkt – und würde den Ländern riesige Haftungsrisiken auf, ohne dass Parlamente zustimmen müssen. Gut findet der Ifo-Chef, dass Bundesbank-Präsident Jens Weidmann inzwischen *Target 2* problematisiere: „Er rückt von der bisherigen Position der Bundesbank ab.“

Steuerabkommen mit der Schweiz droht Aus

Berlin – Das Steuerabkommen zwischen der Bundesregierung und der Schweiz droht endgültig zu scheitern. Die von der SPD und den Grünen regierten Länder lehnen die bislang vorgesehenen Umgang mit dem milliarden schweren Anlagevermögen deutscher Staatsbürger in der Schweiz ab. Bei einem Treffen am Donnerstagabend vereinbarten sie deshalb, den Vertrag im Bundesrat zu stoppen. Die Länderkammer muss zustimmen, um den Vertrag in Kraft zu setzen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte sich dennoch zuversichtlich, am Ende das eine oder andere Bundesland doch noch überzeugen zu können. Die Schweiz sei den Ländern in den vergangenen Wochen deutlich entgegen gekommen, sagte seine Sprecherin. Die Regierung werde das Abkommen nun ins Gesetzgebungsverfahren geben. Man sei mit der Situation alles andere als glücklich, wolle aber weiter versuchen, doch noch zu einem Ergebnis zu kommen. „Kein Abschluss wäre die schlechteste Lösung“, betonte sie.

Das Abkommen legt fest, wie das seit Jahrzehnten in der Schweiz angelegte Vermögen von Bundesbürgern besteuert wird, ohne das Bankgeheimnis zu verletzen. Nach den jüngsten Verhandlungen wird dafür einmalig eine Steuer von 21 oder 22 bis 41 Prozent erhoben. Auf künftige Kapitalerträge aus den Anlagen müssen 25 Prozent an den deutschen Fiskus überwiesen werden.

„Hier liegen Gelder von Leuten, die Steuern hinterzogen haben, und die Frage, wie wir damit umgehen, ist eine fundamentale Gerechtigkeitsfrage“, argumentierte die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Ihr Amtskollege und Parteifreund aus Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, sagte, es müsse noch weiter verhandelt werden. Auch die Regierung in Hamburg hält das Abkommen zum jetzigen Zeitpunkt für nicht zustimmungsfähig.

In Kreisen der SPD hieß es, man habe sich bei dem Treffen nicht auf konkrete Voraussetzungen verständigt, die noch zu einer Zustimmung führen könnten. Generell müsse aber für das Altvermögen ein Steuersatz von 25 Prozent gelten. Auch dürfe den Steuerflüchtigen nicht wie bislang vorgesehen mehrere Monate Zeit eingeräumt werden, ihr Geld in eine andere Steueroase zu deponieren. Was die Anzahl der erlaubten Abfragen über Kontobesitzer angehe, müsse für Deutschland die gleichen Regelungen gelten wie für die USA.

Nach Schätzungen von Experten liegen bis zu 200 Milliarden Euro an Schwarzgeldern aus Deutschland auf Schweizer Konten. Guido Bohsem

Teure Sünden

Wer im Osterurlaub im Ausland gegen Verkehrsregeln verstößt, muss mit harten Strafen rechnen

Von Andreas Jalsovec

München – Die Warnweste in Österreich ist so eine Besonderheit: Wer sie auf der Urlaubsfahrt nicht im Auto hat und kontrolliert wird, zahlt mindestens 14 Euro. Oder die berühmten City-Maut-Zonen in einigen italienischen Städten: Dort dürfen nur registrierte Fahrzeuge einfahren. Wer das nicht mitkriegt und trotzdem durch die Altstadt kurvt, legt so um die 100 Euro hin.

Wenn an diesem Wochenende Tausende deutsche Autofahrer auf ihrem Weg in die Osterferien im Stau stehen, dann sollten sie die Gelegenheit nutzen und sich von ihrem Beifahrer noch einmal die Verkehrsregeln des Urlaubslandes nahebringen lassen. Denn in den meisten Ländern gibt es Vorschriften, die von den deutschen abweichen. Und Verstöße dagegen werden mit harten Strafen belegt: In nahezu allen EU-Ländern seien zuletzt die Bußgelder für Verkehrsdelikte verschärft worden, heißt es beim Automobilclub ADAC. Hintergrund ist das Ziel der EU, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 zu halbieren. Schärfer Strafen sind das gängige Mittel, um das zu erreichen. „Sie sollen die Verkehrsteilnehmer von Verstößen abschrecken“, meint Michael Nissen, Leiter internationales Recht beim ADAC.

Das gilt besonders für Alkohol am Steuer: Wer etwa in Dänemark über der 0,5-Promillegrenze liegt, zahlt mindestens ein Nettomonatsgehalt. Ähnlich teuer ist es in Schweden. „Dort kann man für Verstöße sogar durchaus im Gefäng-

nis landen“, meint Jurist Nissen. Ebenso in Spanien: Bei 1,2 Promille und 60 Stundenkilometern zu schnell droht Haft. Wer in Italien mit mehr als 1,5 Promille erwischt wird, kann seinem Fahrzeug gleich ganz Lebewohl sagen. Die Polizei zieht es ein und enteignet es, sofern es dem Fahrer selbst gehört. Anschließend wird es zwangsversteigert.

Teuer werden auch Tempoverstöße. So haben etwa die Niederlande ihre Bußgelder für zu schnelles Fahren deutlich angehoben. Wer 20 km/h drüber liegt, zahlt 155 Euro. Bei 50 Stundenkilometern sind es 510 Euro. In Frankreich werden dafür 1500 Euro fällig, in Österreich sogar bis 2180 Euro. Außerst genau nehmen es die Schweizer mit dem Tempolimit. „Schon bei kleinsten Überschreitungen sind die rigoros“, weiß Petra Schmucker, Juristin

Die Bußgelder werden in der EU mittlerweile über Grenzen hinweg eingetrieben.

beim Automobilclub von Deutschland (AdD). Wer nur einen Stundenkilometer über der Geschwindigkeitsgrenze liegt zahlt: inner- und außerorts 40 Euro, auf Autobahnen 20 Euro. Außerdem zieht die Schweizer Polizei GPS-Geräte, die im Auto vor mobilen oder fest installierten Radarfallen warnen, sofort ein.

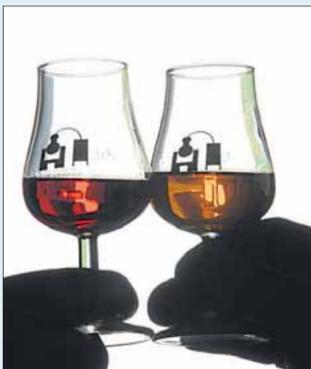
Allerdings tun sich die Eidgenossen anschließend schwer, die fälligen Bußgelder bei deutschen Autofahrern einzutreiben, die das Land schon wieder verlassen

haben. Zwar übermitteln deutsche Ämter die Adressen der Verkehrssünder in die Schweiz. Beim Eintreiben hilft der deutsche Staat aber nicht.

Anders dagegen innerhalb der EU: Dort können die Bußgeldbescheide seit 2010 grenzüberschreitend vollstreckt werden. Und das passiert auch: „Die Vollstreckung funktioniert mittlerweile“, berichtet AvD-Juristin Schmucker. Die Vollstreckungswelle rolle insbesondere nach den Ferien, ergänzt ADAC-Mann Nissen: „Es kann keiner darauf hoffen, dass er vergessen wird.“ Vor allem die niederländischen Behörden seien sehr aktiv. Eingetrieben werden aber nur Strafen ab 70 Euro. Ein Punkteverstoß im Ausland hat in Deutschland allerdings keine Folgen. Ebenso wenig wie ein Führerscheinentzug: Hierzulande darf man dann trotzdem weiter ans Steuer.

Nichts desto trotz raten die Experten dazu, die besonderen Verkehrsregeln im jeweiligen Urlaubsland vor Reiseantritt noch einmal gründlich zu studieren. Etwa, dass Autofahrer im Stau in Österreich seit Jahresanfang eine Gasse für Rettungsfahrzeuge bilden müssen. Bußgeld bei Verstoß: bis 2180 Euro. Oder dass in Ungarn die Polizei ein falschparkendes Auto so lange mit Parkkrallen festsetzt, bis der Sünder die Strafe gezahlt hat. Kostenpunkt: bis zu 110 Euro. Nicht zu empfehlen ist auch, aus Spanien als Urlaubssouvenir ein Verkehrsschild mitzunehmen. Dafür können einen die Behörden mindestens zu einem sozialen Dienst verpflichten – im Extremfall werden bis zu zwei Jahre Gefängnis fällig.

Andere Länder – andere Regeln



Alkohol

Wer in **Dänemark** betrunken fährt, zahlt mindestens ein Nettomonatsgehalt als Bußgeld. In **Schweden** geht es ab 40 Tagessätzen los. Ein Satz entspricht dabei dem Nettomonatsgehalt geteilt durch 30. In **Österreich** und **Spanien** kosten Verstöße ab 300, in **Italien** ab 500 Euro.



Vorfahrt

Radfahrer müssen in **Portugal** besonders vorsichtig sein: Motorisierte Fahrzeuge haben immer Vorfahrt, auch wenn ein Radfahrer von rechts kommt. In etlichen Ländern haben Straßenbahnen stets den Vorrang vor Autos. Das gilt beispielsweise in **Frankreich** oder **Italien**.



Parken

Autos, die in **Ungarn** falsch parken, darf die Polizei mit Parkkrallen festsetzen, bis die Strafe gezahlt ist. Das Bußgeld geht bis 110 Euro, in **Portugal** bis 300 Euro. In den **Niederlanden** gehen die Strafen ab 85 Euro los. Parkverbote sind oft mit gelben Streifen am Bordstein markiert.

acer

ASPIRE TIMELINE U

U WIE UNABHÄNGIG

Der Akku des Acer Aspire Timeline Ultra M3 hält bis zu über 8 Stunden, einen ganzen langen (Arbeits-) Tag also. Auf Leistung muss der Nutzer dieses ultrafachen und leichten Acer Ultrabooks dennoch nicht verzichten: Effiziente Intel® Core™-Prozessoren und neueste NVIDIA®-Hardware verantworten eine beeindruckende Rechen- und eine fantastische Grafik-Power. Trotz Ultrabook-Format besitzt das M3 ein DVD-Laufwerk. Acers Green Instant On-Technologie sorgt für Einsatzbereitschaft in weniger als 2 Sekunden und Acer Always Connect dafür, dass Sie sofort mit dem Internet verbunden sind!

Das mitgelieferte Betriebssystem Windows® 7 Home Premium ist perfekt für den mobilen Einsatz geeignet. Windows® 7 Home Premium ist verlässlicher, flexibler und macht die täglichen Aufgaben leichter.

Acer Aspire Timeline Ultra M3-581TG-52464G52Mnkk

- Original Windows® 7 Home Premium 64-Bit
- Größe u. Gewicht: 21 mm flach und mit 2,3 kg ultraleicht
- Display: 39,6 cm (15,6") HD Acer CineCrystal™ High-Brightness TFT mit LED Backlight
- Prozessor: Intel® Core™ i5-2467M
- Grafikkarte: GeForce™ GT640M
- Festplatte: 500 GB S-ATA / 20 GB SSD-Cache
- Arbeitsspeicher: 4 GB DDR3
- Laufwerk: DVD-Super-Multi

(UVP) 799,- €

50 JAHRE expert

Jetzt verfügbar beim EXPERT-Partner in Ihrer Nähe!

© 2012 Acer Inc. Alle Rechte vorbehalten. Acer und das Acer Logo sind eingetragene Marken der Acer Inc. Alle weiteren Marken und Warenzeichen sind Eigentum der jeweiligen Firmen und Organisationen. Alle Rechte vorbehalten.

Windows 7 Home Premium